

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Lothar Maier, Hansjörg Müller, Markus Frohnmaier, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Waldemar Herdt, Paul Viktor Podolay, Dr. Robby Schlund, Tino Chrupalla, Dr. Heiko Heßenkemper, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, Steffen Kotré, Marc Bernhard, Dr. Michael Esendiller, Dr. Bruno Hollnagel, Dr. Rainer Kraft, Martin Sichert, Dr. Daniel Spaniel, Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme, Jens Kestner, Stefan Keuter, Dr. Harald Weyel, Jürgen Braun, Matthias Büttner, Joana Cotar, Siegbert Droese, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Mariana Iris Harder-Kühnel, Udo Theodor Hemmelgarn, Martin Hess, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Johannes Huber, Jörn König, Rüdiger Lucassen, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Frank Pasemann, Jürgen Pohl, Martin Reichardt, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, René Springer, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD**

### **Entwicklungszusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen konzipieren – Rohstoffversorgung der deutschen Industrie sicherstellen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit des letzten halben Jahrhunderts hat oftmals nicht die erwünschten Ziele bei der Lösung der Probleme der Entwicklungsländer erreicht. Die Länder, die es seitdem geschafft haben, sich aus einem Entwicklungsland – wie China und Südkorea – in ein Industrieland zu transformieren, haben dies vor allem aus eigener Kraft erreicht.

Auf einer ganz anderen Grundlage als den traditionellen entwicklungspolitischen Konzepten gestaltete seit geraumer Zeit die Volksrepublik China ihre Außenwirtschaftspolitik, die strikt an den ökonomischen Interessen Chinas orientiert ist und sich zumeist auf das wirtschaftliche Fortkommen der Zielländer auswirkt.

Kennzeichen dieser Politik ist, dass zum einen die Projekte einen symbiotischen Kompromiss zwischen den wirtschaftlichen (und oft auch strategischen) Interessen Chinas und denen des Ziellands darstellen sollen. Mit diesem strategischen Vorgehen hat sich China u. a. auch eine Vormachtstellung bei einer Reihe wichtiger Rohstoffe gesichert.

Deutschland dagegen setzt seine Entwicklungsleistungen vielfach ein, um in Partnerländern ideologische Ziele umzusetzen, die eher einer moralischen Lehrmeisterhaltung als konkreten Notwendigkeiten (ökonomisch, geostrategisch, kulturell) gerecht werden.

Gleichzeitig scheitern deutsche Unternehmen damit, sich langfristig mit Rohstoffen, vor allem Seltenen Erden, ausreichend zu versorgen. Der Grund ist oft, dass andere Nationen sich bereits ohne zweck- und realitätsfremde Anspruchshaltungen den Zugriff auf die infrage kommenden Rohstoffvorkommen gesichert haben.

Aus diesem Grund fordert auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seiner Berliner Rohstoffklärung, dass die Aktivitäten auf nationaler Ebene besser abgestimmt werden müssen und eine höhere politische Priorisierung erfahren sollten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Bundesbeauftragten für Rohstoffpolitik zu ernennen, dessen Aufgabe darin besteht, die nationalen Bemühungen zur Sicherung der Rohstoffversorgung zu überblicken, zu bündeln und zu lenken;
2. die Rohstoffe zu identifizieren, die für die deutsche Industrie perspektivisch von strategischer Wichtigkeit sein werden sowie legislative Vorhaben einerseits unter dem Gesichtspunkt ihrer Rohstoffauswirkungen gründlicher darzustellen und andererseits dazu den o. g. Bundesbeauftragten einzubeziehen;
3. geeignete Fördergebiete in Entwicklungs- und Schwellenländern zu identifizieren und Deutschlands mögliche jährliche Importmenge (Abbau und Logistik) sowie Deutschlands realistischen Anteil am Gesamtvolumen der Lagerstätte auch unter innerpolitischen, geostrategischen und wettbewerbsrelevanten Faktoren regional zu bewerten;
4. die Gründung einer deutschen Rohstoffgesellschaft aus einem Zusammenschluss privater Unternehmen wohlwollend zu begleiten, welche bevorzugt deutsche Unternehmen mit strategisch wichtigen Rohstoffen versorgt und ausreichend bevorratet. Finanziell beteiligt sich daran die öffentliche Hand nicht;
5. die öffentliche Hand möge sich nur beim Aufbau der zum wirtschaftlichen Erfolg notwendigen Infrastruktur wie Straßen, Eisenbahnen, Häfen sowie Zufahrtswege zu weiterarbeitenden Industrien beteiligen. Das hierfür aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stammende Kapital wird in Joint-Ventures oder anderen geeigneten Formen der Zusammenarbeit mit dem Zielland als Kredit vergeben. Die Kredite werden nur nach einer unabhängigen Wirtschaftlichkeitsprüfung für den Kreditnehmer und nach Schaffung erforderlicher Kontrollmechanismen vergeben;
6. die Gewinne aus den Infrastrukturengagements des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wie auch in anderen Entwicklungsprojekten in weitere Entwicklungsprojekte ähnlicher Art regionalgebunden wieder zu reinvestieren.

Berlin, den 20. August 2019

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## Begründung

Die aktuelle Entwicklungszusammenarbeit verzettelt sich auf zu viele Klein- und Kleinstprojekte, die sich nur sehr eingeschränkt zum Erreichen von Globalzielen eignen. Im schlechtesten – dafür aber ziemlich häufigen – Fall ist es sogar schädlich, da dadurch Korruption gefördert und funktionierende lokale Märkte zerstört werden. Wenn allerdings ein realer Bedarf in Deutschland bedient werden kann, besteht auch eine entsprechende Investitionsbereitschaft der deutschen Wirtschaft über die Entwicklungszusammenarbeit hinaus. Damit wird nachhaltiger Wohlstand sowohl in den Entwicklungsländern als auch in Deutschland geschaffen.

Ebenfalls zeigt die Geschichte der industriellen Entwicklung in den letzten zwei Jahrhunderten, dass einer der effizientesten Motoren für den Aufbau von Infrastruktur und zum Teil auch der Industrialisierung selbst, der notwendige Transport sowie die zugrunde liegende Logistik für den Abbau und die Allokation von Rohstoffen ist – ob nun der Eisenbahnboom in Europa, der weltweite Schiffsverkehr oder regional konkret: die rapide Erschließung Kaliforniens. Wichtig für deren Erfolg war allerdings auch die Reinvestition der effizienzbedingten Gewinne in diese Regionen bzw. Faktoren. Als Folge sehen wir einen durch Entwicklungshilfe induzierten und privatwirtschaftlich nutzbaren Ausbau der Infrastruktur unter der Prämisse der Reinvestition von Gewinnen als geeignetes Mittel eine wirkliche Verbesserung der Entwicklungshilfe für Nehmer- und Geberstaat zu erwirken.

Traditionell mussten sich deutsche Unternehmen den Großteil ihrer benötigten Rohstoffe am Weltmarkt beschaffen. Seit einem global erstarkenden Protektionismus ist dies zunehmend schwieriger, weswegen hierauf eine Reaktion vonnöten ist, die nur in einem strategischen Konzept zur Sicherung der Rohstoffversorgung Deutschlands bestehen kann.

Ebenfalls erfordern bspw. Fragen der Energiewende, alternativer Energiespeicher- und -bereitstellungsaggregate (z. B. Batterietechnologie) oder die zunehmende Digitalisierung und die dafür benötigten Endgeräte eine genaue Begutachtung der hierfür notwendigen Rohstoffe, sofern diese strategischen Vorhaben eine realistische Erfolgchance für Deutschland beabsichtigen und gleichzeitig eine zu große Abhängigkeit deutscher Unternehmen bei Importen und der vertikalen Wertschöpfungskette vermieden werden soll.

Gegenwärtig gibt es von deutschen Unternehmen vorwiegend punktuelle Investitionen, die den Bedarf im Zweifel nicht decken können.

Auf rein privatwirtschaftlicher Ebene könnte dies durch einen Zusammenschluss der interessierten Unternehmen geschehen, allerdings fehlte hier die Flankierung auf diplomatischer, sicherheitstechnischer und entwicklungspolitischer Ebene. Dies kann nicht allein durch einzelne, in ihren finanziellen Möglichkeiten beschränkte Unternehmen geleistet werden, sondern braucht eine Konzertierung auf nationaler Ebene.

Dafür ist es notwendig, einen Bundesbeauftragten für Rohstoffpolitik zu ernennen. Dieser stellt mit Unterstützung der Industrie fest, welcher Rohstoffbedarf in welcher Menge für Deutschland mittelfristig bestehen wird. Hieraus werden jene Stoffe identifiziert, bei denen die Gefahr besteht, dass durch Monopolisierung ein Mangel für die deutsche Industrie oder Monopolpreise wahrscheinlich sind.

Um nicht unnötig den Widerstand anderer Akteure hervorzurufen, sollen nach Möglichkeit weder bestehende Lieferketten beschädigt, noch andere Abnehmerländer aus Märkten verdrängt werden. Stattdessen sollen neue Quellen identifiziert und erschlossen werden.

Um sicherzustellen, dass diese Rohstoffe auch wirklich der deutschen Industrie zugänglich werden, ist es sinnvoll, eine Rohstoffgesellschaft zu gründen. Diese hat einen Versorgungsauftrag. Das bedeutet, dass sie ihre Produkte am Weltmarkt anbieten soll, bei Bedarf aber bei gleichem Preis bevorzugt deutsche Unternehmen beliefert. Diese Einschränkung wird durch die staatliche Flankierung ausgeglichen.

Neue mögliche Quellen sind oftmals schwer zugänglich und damit zunächst unwirtschaftlich. Private Unternehmen würde eine Investitionsentscheidung daher schwerfallen.

Eine eher langfristig orientierte Entwicklungszusammenarbeit kann hier segensreich wirken, indem eine Region umfassend entwickelt wird. So würde beispielsweise eine Kobaltmine der Rohstoffgesellschaft mithilfe der Entwicklungszusammenarbeit mit Straßen, Eisenbahnen, Häfen verbunden und das Kobalt im Lande zu Vorprodukten verarbeitet werden. Auf der anderen Seite könnte die Infrastruktur auch durch Dritte genutzt und damit die ganze Region entwickelt werden.

Eine „geschenkte“ Infrastruktur hat in der Vergangenheit oft nicht zum gewünschten Erfolg geführt, da diese nicht selten am realen Bedarf vorbei gebaut wurden und/oder ihre Verwaltung in nepotische – also ungeeignete

– Hände gegeben wurden. Durch die Notwendigkeit, ein Projekt auch wirtschaftlich erfolgreich betreiben zu müssen, lässt sich am Beispiel der chinesischen Außenwirtschaftspolitik beobachten, dass diese Vorgabe eine für alle Beteiligten hilfreiche Disziplinierung bewirkt.

Dieser Ansatz stellt nur ein Standbein von mehreren der Entwicklungszusammenarbeit dar – abhängig vom Erfolg kann es dann verkleinert oder weiter ausgebaut werden.